



Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Vorsitzende des
Ausschusses für Familie, Jugend,
Integration und Verbraucherschutz
Frau Anke Simon, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz

18/4686
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
Postfach 31 70
55021 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2644
poststelle@mffki.rlp.de
www.mffki.rlp.de

18. Oktober 2023

Mein Aktenzeichen Ihr Schreiben vom Ansprechpartner/-in / E-Mail
Janina Ritter
janina.ritter@mffki.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-5670
06131 16175670

**Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucher-
schutz am 11.10.23**

**TOP 6 „Bewertung des 10-Punkte-Plans der Europäischen Kommission“, Antrag
der FREIEN WÄHLER-Fraktion,
Vorlage 18/4568**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

in der vorgenannten Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucher-
schutz wurde der Tagesordnungspunkt Nr. 6 mit der Maßgabe der schriftlichen
Berichterstattung für erledigt erklärt.

Ich berichte daher wie folgt:

Das Thema Migration rückt innerhalb der EU wieder einmal in den Mittelpunkt der poli-
tischen Diskussion. Die zentrale Mittelmeerroute wurde im Jahr 2022 wieder verstärkt
von Migrantinnen und Migranten genutzt. Dieses Geschehen ist vor dem Hintergrund
zu bewerten, dass 2022 4,5 Millionen Ukrainer in die Staaten der EU flohen.

Ob der 10-Punkte-Plan der EU-Kommission bestehende Probleme löst oder nicht gar neue schafft, bleibt abzuwarten. Erforderlich ist die Solidarität aller EU-Mitgliedstaaten. Hier wird auf einzelne Punkte des Planes eingegangen.

„Intensivierung der Rückkehroperationen“:

Die Identitätsklärung und Rückführung nicht Schutzberechtigter ist ein langwieriger Prozess. Länder wie Burkina Faso, Guinea, Senegal oder Elfenbeinküste lehnen Wiederaufnahme ihrer Bürger einfach ab.

„Maßnahmen gegen Logistik der Schleuser“:

Es ist Zweifelhaft, ob Länder wie Tunesien oder Libyen eine diesbezügliche Intervention - durch Frontex, Europol, BKA oder Bundespolizei - der EU zulassen würden. Es ist zwingend notwendig, dass die Menschenhändler- und Schleusernetzen in den Herkunfts- und Transitländern zerschlagen werden. Außerdem müssen die Anstrengungen zur Bekämpfung dieser kriminellen Vereinigungen auf europäischem Boden verstärkt werden. Gleichzeitig ist die Entwicklung von mehr legalen Wegen als Alternative zur irregulären Migration notwendig.

„Intensivierung der Grenzüberwachung“:

Es ist zu erwarten, dass die Außengrenzen der EU auf lange Zeit einem hohen Migrationsdruck ausgesetzt sein werden, solange die Fluchtursachen in den Herkunftsländern nicht bekämpft werden.

Der 10-Punkte-Plan sollte unbedingt die Verfahrensgarantien wie Rechtsberatung und Beratung an den Außengrenzen einhalten.

Die beabsichtigte Umsetzung der Vereinbarung mit Tunesien ist unter den gegebenen Bedingungen auch wegen der damit einhergehenden Externalisierung des materiellen Flüchtlingsschutzes kritisch zu sehen.

Ob der 10-Punkte-Plan der EU-Kommission seine Ziele erreichen wird, ist aufgrund der Uneinigkeit der beteiligten Akteure, der rechtlichen Unausgewogenheit und der teilweise fehlenden praktischen Umsetzbarkeit fraglich. Auch beinhaltet der Plan nicht viel neues, sondern vielmehr eine Bündelung bekannter Ansätze.

Es gibt sehr gute Gründe, sich für die nach den Schrecken der beiden großen Kriege als europäische Errungenschaften zu bezeichnenden Übereinkünfte wie Genfer Flüchtlingskonvention, Europäische Menschenrechtskonvention und Grundrechte-Charta stark zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'K Binz', with a large, stylized flourish at the end.

Katharina Binz